

Windkraft-Projekte stehen am Scheideweg

Rat entscheidet über neuen Flächennutzungsplan. Investoren fürchten Umschwenken der Politik

WESTFALENPOST 09.06.2017

Von Jens Stubbe

Hagen. Wenn er aus dem Fenster seines Wohnzimmers schaut, sieht er auf dem Höhenzug jenseits des kleinen Tals gleich sechs Windräder. Geht es nach Landwirt Christian Rose dürfen es gerne mehr werden. Neun – um genau zu sein. Denn bis zu drei Anlagen möchten er und die Bürgerwind Süd GbR gemeinsam mit dem Energieversorger Mark-E bauen. Doch auf der Zielgeraden spüren die Initiatoren, die die Menschen im Hagener Süden an den Erträgen beteiligen wollen, Gegenwind.

Der kommt von einer gleichnamigen Initiative aus einer Gegend, auf die die Anlagen im Hagener Süden aufgrund der Entfernung keine Auswirkungen haben dürften. Der Widerstand gegen neue Anlagen auf Hagener Stadtgebiet formiert sich vor allem in Hohenlimburg, wo die Bürger fürchten, künftig von Windkraftanlagen auf den Bergen umzingelt zu sein.

16 Gesellschafter bei Bürgerwind

Der nächste Schritt auf dem langen Weg zum Bau neuer, effizienterer Anlagen ist die Offenlegung eines neuen Flächennutzungsplans im Herbst. In dem soll festgelegt werden, wo neue Anlagen entstehen können. Neben dem Areal oberhalb des Schlosses Hohenlimburg und weiterer Flächen sind darin auch zwei Flächen auf dem Höhenzügen im Süden verzeichnet, auf denen Christian Rose, Ansgar Berger und 14 weitere Gesellschafter die Windräder mit einer maximalen Gesamthöhe von 150 Metern realisieren wollen.

Seit Ende Februar allerdings besucht die Initiative Gegenwind mit einem eigens in Auftrag gegebenen Rechtsgutachten die Fraktionen. Ergebnis der Expertise: Hagen braucht gar keinen neuen Flächennutzungsplan. Der bestehende weise ja Flächen für Windräder aus und sei damit rechtssicher. Würde sich die Politik entsprechend positionieren, so wäre das für Rose und seine Mitstreiter gleichbedeutend mit dem Aus für ihre Windkraftpläne.

„Das wäre, als würde man in der 70. Minute den 16-Meter-Raum auf 25 Meter erweitern.“

Christina Rose, Windrad-Investor zu den Plänen der Initiative Gegenwind

„Wir alle haben ja bereits erheblich in die Planung und in notwendige Gutachten investiert“, argumentiert der Landwirt, „wenn jetzt eine Mehrheit umschwenken würde, so wäre das als würde man mitten in einem Fußballspiel ab der 70. Minute den Sechzehn-Meter-Raum auf 25 Meter erweitern. Jetzt alles wieder auf Null zu stellen, macht keinen Sinn. Abgesehen davon, dass wir die Rechtssicherheit eines solchen Vorgehens anzweifeln.“

Engagement in der Region

Aus seiner Sicht müssen neben den Interessen der „Gegner“ auch die der Menschen berücksichtigt werden, die Flächen einbringen, die Energiewende befördern und damit



Auf den Höhen im Süden drehen sich bereits einige Windräder. Auf den roten Flächen will die Bürgerwind Süd GbR bis zu drei Anlagen bauen. FOTO: KLEINRENSING

schließlich auch Geld verdienen wollen. „Bleibt der Flächennutzungsplan unverändert, sind nur an den zehn Standorten, an denen sich bereits jetzt Windräder drehen, neue Anlagen theoretisch genehmi-

gungsfähig“, so Dr. Arndt Bohrer, Abteilungsleiter regenerative Energien bei Mark-E, das gerade ein neues Windrad an der Versetalsperre in Betrieb genommen hat und weitere Projekte in der Region plant. „Eine

Anlage ist bereits am alten Standort erneuert worden. Für viele weitere kommt das aber nicht in Frage. Die neuen Anlagen sind aus Gründen der Wirtschaftlichkeit höher. Abstandsregelungen lassen sich nicht einhalten. Faktisch wäre das gleichbedeutend mit dem schleichenden Ende der Windkraft in Hagen.“

Die Anlagen der Bürgerwind GbR und der Mark-E sind für Bohrer ein Paradebeispiel für ein sinnvolles Projekt: „Das ist der Klassiker für eine dezentrale Versorgung, die ja von allen gewünscht wird“, so der Jurist und Ingenieur, „die Energie, die hier einmal erzeugt werden soll, wird im direkten Umfeld verbraucht.“

„Das ist der Klassiker für eine dezentrale Versorgung.“

Dr. Arndt Bohrer, Abteilungsleiter Mark-E



Immerhin: Der Artenschutz – das haben die Prüfungen laut Rose und Berger ergeben – macht den Plänen der Bürgerwind Süd GbR keinen Strich durch die Rechnung. Sie hoffen, dass der Beschluss zur Änderung des Flächennutzungsplans von der Politik abgesegnet wird. Mit dem Antrag zur Genehmigung der Anlagen würden dann die Kriterien geprüft, die das Bundesimmissionschutzgesetz vorgibt (BimSch). Dabei geht es unter anderem um eine mögliche optische Bedrängung und vorgeschriebene Abstände.

Infos zu Windkraft-Streitfällen in der Region: wp.de/windkraft